

## Unternehmen und die Wiedervereinigung

VORTRAG VON DETLEF SPECOVIUS IM RAHMEN DER KONFERENZ „20 JAHRE WIEDERVEREINIGUNG“ DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG DAKAR, SENEGAL

**Meine Damen und Herren,**

die Wiedervereinigung Deutschlands, an die wir uns an diesen beiden Tagen erinnern, hatte nicht nur Auswirkungen auf Deutschland, sondern auf die ganze Welt.

Der Kalte Krieg war beendet und damit stiegen die Hoffnungen auf eine bessere Welt.

Schon viele Monate vor der Wiedervereinigung waren die Menschen in der DDR jeden Montag auf die Straße gegangen. „Wir sind das Volk!“, riefen die Demonstranten und machten so ihrer Unzufriedenheit mit dem autoritären Regime Luft.

Und trotzdem: Der Mauerfall kam völlig unerwartet. Niemand hatte sich auf diesen Fall vorbereitet, es gab keine Pläne. Es gab nur eines: Begeisterung bei den Menschen im Osten und im Westen und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Die Politik musste handeln, und zwar schnell!

Die Aufgabe war unüberschaubar groß und einzigartig. Warum? Nun, rufen wir uns mal die Ausgangssituation in Erinnerung:

- Westdeutschland war eine Demokratie mit einer sozialen Marktwirtschaft, einem darauf beruhendem Rechtssystem das den Einzelnen und den Schutz des Eigentums in den Vordergrund stellt, Exportweltmeister, Mitglied in EU und NATO.
- Ostdeutschland war eine Diktatur mit einer sozialistischen Planwirtschaft, einem Rechtssystem, das Eigentum an

Produktionsmitteln nicht vorsah, Mitglied im Warschauer Pakt und gelenkt von einem Politbüro, das in wichtigen Entscheidungen auf Moskau hören musste.

Diese unterschiedlichen Systeme sollten gleichberechtigt „fusionieren“. Für solch einen Schritt gab es in der Geschichte keinen Vergleich. Alles musste neu erfunden werden.

Schnell wurde klar, dass das Gesellschaftsbild des Westens das Leitbild des gemeinsamen Staates werden würde. Gerade die Ostdeutschen wünschten sich viele Vorzüge des Westens auch für ihr eigenes Leben:

- Einkaufen, was man will
- Sagen, was man will
- Reisen, wohin man will

...und vieles mehr.

Das bedeutete aber auch: DDR-Unternehmen mussten den Weg in die Marktwirtschaft finden. Und das war ein steiniger Weg.

Die Unternehmen in der DDR hatten eine andere Rechtsform als die Unternehmen in Westdeutschland. Die Unternehmen im Westen sind entweder Kapitalgesellschaften, also Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung, oder Personengesellschaften. In beiden Fällen stehen sie im Privateigentum und die Eigentümer haben ein Interesse an einem erfolgreichen wirtschaften.

28. Oktober 2010

[www.kas.de/senegal](http://www.kas.de/senegal)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Die Unternehmen in der DDR waren „VEB's“, Volkseigene Betriebe oder Kombinate.

In der Landwirtschaft waren es „LPG's“, Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und im Handwerk „PGH's“ Produktionsgenossenschaften des Handwerks.

Eigentümer war in allen Fällen „das Volk“.

Um die zentralistische Planung zu erleichtern, waren die Unternehmen in der DDR zu großen Einheiten verbunden worden.

Sie waren größer als die meisten Unternehmen im Westen und gehörten, wie ausgeführt, dem Volk. Dies hatte zur Konsequenz, dass sich niemand für das Unternehmen verantwortlich fühlte. Den Unternehmer, der sein Unternehmen weiterentwickeln will und muss, um am Markt bestehen zu können, gab es nicht – und in gewisser Weise brauchte sich auch niemand verantwortlich zu fühlen: Die Nachfrage überstieg das Angebot praktisch immer. Die Preise, die Anzahl und Art der Produkte wurden aber durch den Plan vorgegeben – zu jedem gegebenen Zeitpunkt war eine große Zahl von Produkten ausverkauft und die neue Lieferung noch nicht eingetroffen. Die Kundschaft konnte also nicht einfach zur Konkurrenz abwandern.

Die meisten Ostprodukte blieben qualitativ hinter den Westprodukten zurück. Ihre Technik war veraltet, und auch ihr Design war nicht auf der Höhe der Zeit. Produzenten lieferten unzuverlässig, nicht zuletzt, weil auch sie selbst sich nicht auf ihre eigenen Lieferanten verlassen konnten. Es gab praktisch keinen Kundendienst, und auch keinen Vertrieb. Die Produktionsanlagen waren veraltet, und darunter litt die Produktivität.

Ich will Ihnen das an einem Beispiel aus meiner beruflichen Praxis verdeutlichen:

1995 war ich Insolvenzverwalter eines ostdeutschen Unternehmens im Maschinenbau. Der erzielte Umsatz pro Mitarbeiter lag bei rund 60.000 DM, im Westen lag er bei rund 300.000 DM. Erschwerend kam hinzu, dass

die zu diesem Zeitpunkt hergestellten Maschinen bereits 20 Jahre vorher entwickelt worden waren. In diesem Unternehmen wurde mit Maschinen produziert, die zum Teil schon 30 Jahre alt oder noch älter waren. Produziert wurde mit einer extrem kostspieligen Energie (Braunkohle) in Hallen, in denen seit dem Ende des 2. Weltkrieges nicht mehr investiert worden war.

Aber nicht nur der Maschinenpark stand einer Produktivität auf Weltmarktniveau entgegen. Die Energieversorgung erfolgte nahezu ausnahmslos über die heimische Braunkohle, die aufgrund ihres hohen Wassergehaltes von minderer Qualität war und damit die Energiekosten in die Höhe trieb. Nur am Rande sei erwähnt, dass auch das Rohrleitungssystem, durch das die Energie geleitet wurde, marode und dadurch der Energieverlust erheblich war.

Die Produktionsstätten stammten zu einem großen Teil noch aus der Jahrhundertwende bzw. aus der Zeit nach dem Ende des 2. Weltkrieges. Diese Produktionsstätten waren nicht mehr zeitgemäß. Zu teuer im Unterhalt, renovierungsbedürftig, zu groß. Stellen Sie sich Produktionsstätten vor, in denen früher mehrere Tausend Mitarbeiter gearbeitet haben, und nach den Privatisierungen, ich komme darauf gleich zu sprechen, nur noch wenige Hundert. Sie finden die Mitarbeiter gar nicht mehr. Eine schlanke, effektive Produktion ist ausgeschlossen.

Daran können Sie erkennen, wie unterschiedlich die Voraussetzungen zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung für Unternehmen aus dem Westen und dem Osten waren.

Auch die Belegschaften in Ost und West unterschieden sich. Im Osten wurde in vielen Betrieben nur ein paar Stunden am Tag gearbeitet. Das lag zum einen an Materialengpässen, zum anderen aber auch am System der Vollbeschäftigung. Der Plan sah keine Arbeitslosigkeit vor, und deshalb wurden Menschen auch dann beschäftigt, wenn es eigentlich gar nichts für sie zu tun gab. Im Westen waren es die Mitarbeiter gewohnt, nach ihrer Leistung bezahlt zu werden. Es gab Akkordzuschläge, Prämien, Nachtzu-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

SENEGAL

DETLEF SPECOVIUS

28. Oktober 2010

[www.kas.de/senegal](http://www.kas.de/senegal)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

schläge etc, das heißt, der Einzelne merkte es an seiner Geldbörse wie leistungsfähig er und sein Unternehmen waren.

Die Folge war, über alle Unternehmen hinweg, eine erschreckend niedrige Produktivität. Das Bruttoinlandsprodukt der DDR pro Einwohner lag zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung bei nur 27,1 Prozent des Wertes in Westdeutschland, also ungefähr einem Viertel!

Meine Damen und Herren, wer von Ihnen Unternehmer ist, der weiß, wie schwer es ist, sich gegen den Wettbewerb zu behaupten. Selbst ein erfahrenes Team mit erstklassigen Produktionsanlagen, einer wertvollen Marke und etablierten Absatzmärkten muss sich jeden Tag aufs Neue anstrengen.

Stellen Sie sich vor, Sie leiten ein ostdeutsches Unternehmen im November 1990: Weder Sie selbst noch Ihre Arbeitnehmer kennen die Marktwirtschaft aus eigener Erfahrung. Ihre traditionellen Märkte (die Staaten des Warschauer Pakts) sind weggebrochen. Auf den neuen Märkten kennt man Sie gar nicht. So hatte mein Beispielsunternehmen keinerlei Marktanteile in Übersee und nur sehr geringe in Westeuropa. Ihre Produktionsanlagen sind veraltet. Ihre Produkte sind – selbst im Osten Deutschlands – nicht mehr gefragt.

Das war übrigens eine erschreckende Erfahrung für viele Unternehmen aus Ostdeutschland, dass die Bürger kein Interesse mehr hatten, die eigenen Produkte, die Jahre vorher zum Teil noch sehr begehrt waren, zu kaufen und sich stattdessen ausschließlich mit Westprodukten eindeckten.

Und zu allem Überfluss gibt es eine Währungsunion. Der Wechselkurs ist eins zu eins! Das bedeutet eine Aufwertung der DDR-Währung innerhalb einer Nacht um etwa 400 Prozent. Sie müssen jetzt alle Gehälter in Westmark auszahlen.

Wie wollen Sie all diese Nachteile ausgleichen?

Sicherlich hätten Sie gerne mehr Zeit, um neue Produkte zu entwerfen. Sie würden

gerne ihre Produktionsanlagen modernisieren. Einen Vertrieb aufbauen und neue Absatzmärkte gewinnen. Ihre Mitarbeiter schulen. Eine Konkurrenzanalyse durchführen und Ihre Strategie neu ausrichten. Und, und, und...

Diese Zeit hatten wir damals nicht. Die Menschen in Deutschland, im Osten wie im Westen, wollten einen gemeinsamen Staat. Ich weiß nicht, welche Meinung die einzelnen Politiker in Deutschland hatten – aber ich weiß, dass niemand sich in dieser allgemeinen Euphorie dem Wunsch nach einer schnellen Wiedervereinigung entgegenstellen konnte. Kein Politiker wagte es, Millionen von Menschen zu sagen: „Gebt uns zehn oder zwanzig Jahre Zeit. Wir bereiten alles mit Augenmaß vor und helfen den Unternehmen der DDR auf ihrem schwierigen Weg in die Marktwirtschaft. Wir werden erst einen Masterplan entwerfen und diesen dann Schritt für Schritt bis zu einer Vollintegration umsetzen“. Solch ein Politiker wäre gar nicht ernst genommen worden! Und so kam die Wiedervereinigung schon ein Jahr nach der Grenzöffnung.

Meine Damen und Herren, wie sind wir diese gewaltige Aufgabe, das Zusammenführen der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme, angegangen?

Unsere Antwort damals war die Treuhandanstalt, oder kurz Treuhand genannt. Eine Auffanggesellschaft, die marode DDR-Unternehmen übernahm und vorübergehend selbst weiterführte.

Stellen Sie sich das vor: Eine einzige Gesellschaft übernimmt praktisch alle Unternehmen eines Staates – eine Staats-Holding! Diese Holding fing im Sommer 1990 alle volkseigenen Unternehmen auf, die noch nicht umgewandelt und privatisiert waren. Wir reden hier von 8.500 Gesellschaften! Vier Millionen Beschäftigten! Und 45.000 Betriebsstätten!

Und damit nicht genug. Die Treuhand übernahm außerdem rund 2,4 Millionen Hektar land- und forstwirtschaftliche Flächen. Dazu das Vermögen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, die meisten Liegen-

28. Oktober 2010

[www.kas.de/senegal](http://www.kas.de/senegal)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

schaften der Nationalen Volksarmee der DDR und ein immenses Wohnungsportfolio. Schließlich übernahm sie auch noch das Vermögen der staatlichen Apotheken. Und am 3. Oktober 1990 ging zusätzlich das Vermögen der Parteien und Massenorganisationen auf die Treuhandanstalt über.

Zwischenzeitlich umfasste das Portfolio der Treuhand 14.600 Gesellschaften. Die Treuhand war das größte Unternehmen der Welt.

Es gibt einen Vergleich, der mich immer wieder beeindruckt. Ich habe eben gesagt, die Treuhand war angetreten, um 14.600 sozialistische Unternehmen zu privatisieren, in einer Zeit des Wandels und der Unsicherheit.

Und nun der Vergleich: In den sieben Jahren zwischen 1980 und 1987 wurden auf der ganzen Welt weniger als eintausend Privatisierungen durchgeführt. Und alle von ihnen fanden in einem marktwirtschaftlich stabilen Umfeld statt!

Mit der Treuhand hatte der wiedervereinigte deutsche Staat eine Möglichkeit gefunden, die Unternehmen der DDR und das Vermögen des untergegangenen Staates aufzufangen. Sie konnte aber keine dauerhafte Lösung sein, ganz im Gegenteil: Das Ziel der Treuhand war es von Anfang an, diese Unternehmen möglichst fit zu machen für die Marktwirtschaft und dann an neue Eigentümer abzugeben, gerne in Form eines Management-Buy-Outs.

Die damalige Chefin der Treuhand, Birgit Breuel, sagte dazu, das wichtigste Motto der Treuhand laute:

„Schnell privatisieren, weil wir der Auffassung sind, dass Privatisieren die beste Form der Sanierung ist. Das zweite Motto heißt: Entschlossen sanieren. Da, wo Zukunft möglich ist, soll Sanierung durchgeführt werden, um auch hier den Menschen mehr Mut und Hoffnung zu machen. Und das dritte Motto heißt: Behutsam stilllegen.“

Damit sprach Frau Breuel das Dilemma an, vor dem die Gesellschaft stand. Was tun mit den vielen vielen Unternehmen, die nicht oder nicht schnell genug fit gemacht werden konnten für die Marktwirtschaft? Und was mit denen, die man vielleicht hätte fit machen können, die aber einen harten Konkurrenzkampf vor sich hatten, weil der Markt gesättigt war? Die traditionellen Absatzmärkte dieser Unternehmen waren ja quasi über Nacht weggebrochen: Die DDR und die Staaten des Warschauer Paktes. Dazu sank die Binnennachfrage nach „Ostprodukten“ drastisch. Die Menschen dort kauften nach Jahrzehnten der Mangelwirtschaft nur noch Westwaren, die natürlich in den Medien auch entsprechend beworben wurden. Und die Unternehmer im Westen waren nur zu gerne bereit, diese neuen Kunden mit ihren Waren zu beliefern.

Heute sieht das ganz anders aus. Diejenigen Unternehmen und Marken, die den Sprung in die neue Zeit geschafft haben, werden heute in Deutschland und zum großen Teil auch international geschätzt:

- Wurst aus Thüringen
- Pralinen aus Halle
- Sekt aus Sachsen
- Christstollen aus Dresden – das ist ein traditioneller Weihnachtskuchen, wirklich lecker!
- Optische Präzisionsinstrumente aus Jena
- Uhren aus Glashütte
- Schiffe aus den Werften an der Ostsee

Und so weiter. Die Liste ist länger, als man denkt. Sogar über eine Neuauflage des „Trabant“, des wichtigsten Autos in der DDR, wird immer wieder diskutiert. Erste Modelle gibt es schon, aber bislang noch keine Finanzierung. Doch wer weiß, in ein paar Jahren fahren vielleicht neue „Trabbi“ auf deutschen Straßen...

Zurück ins Jahr 1990. Noch gibt es keine ostdeutschen „Erfolgsmarken“. Es gibt nur viele tausend Unternehmen und eine Treu-

28. Oktober 2010

[www.kas.de/senegal](http://www.kas.de/senegal)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

handanstalt, die versucht, diese Unternehmen zu privatisieren.

Leider gab es dabei nicht nur Erfolgsgeschichten. Viele Unternehmen, die unter günstigeren Bedingungen vielleicht hätten gerettet werden können, wurden abgewickelt. Dabei blieben auch Fälle von Missmanagement und Betrug nicht aus. So führte der Investitionsstau in vielen Unternehmen zu absurd niedrigen Kaufpreisen.

Mancher Investor dachte deshalb gar nicht daran, das Unternehmen weiterzuführen, das er gekauft hatte. Bei einem symbolischen Kaufpreis von einer Mark konnte er nur gewinnen, etwa, indem er die wenigen Vermögenswerte des Unternehmens verkaufte, das Unternehmen also ausschlichtete, und sich mit dem Geld aus dem Staub machte. Oder er nahm Kredite auf das Unternehmen auf und verschwand dann spurlos. Dazu kamen Fälle von Bestechung, Insiderwissen und andere Delikte. Alles unschöne Nebenerscheinungen, die mit einer solchen Mammutaufgabe leider einhergehen und vor dem Hintergrund des enormen Zeitdrucks, unter dem die Treuhand arbeiten musste, verständlich aber nicht zu entschuldigen sind.

Natürlich gibt es keine genauen Zahlen über den entstandenen Schaden. Aber es gibt Schätzungen. Im Jahr 1998 befasste sich der Untersuchungsausschuss des Bundestages zum DDR-Vermögen mit dem Thema. Er schätzte den Schaden, der durch Veruntreuung, Betrug und andere kriminelle Handlungen im Zusammenhang mit der Privatisierung der DDR-Volkswirtschaft verursacht wurde, auf einen Betrag zwischen drei und zehn Milliarden DM, zu heutigem Geldwert wäre das fast derselbe Betrag in Euro.

Ich halte diese kriminellen Fälle für eine der wichtigsten Lektionen aus der deutschen Wiedervereinigung. Auf Deutsch sagt man: „Gelegenheit macht Diebe.“ Und in der Tat war das Maß an krimineller Energie beachtlich, das manche Menschen in diesen turbulenten Zeiten entwickelten. Lassen Sie mich einen dieser Fälle näher darstellen.

Es geht um den früheren DDR-Monopolisten für Heizkraftwerke und Fernwärmeleitungen, den VEB Wärmearlagenbau. An diesem Beispiel wird deutlich, wie wichtig gut etablierte Kontrollmechanismen sind, die auch Fälle von hoher krimineller Energie aufdecken können. Doch der Reihe nach:

Der VEB Wärmearlagenbau hatte 1990 rund 1.200 Mitarbeiter. Das Unternehmen wurde umbenannt in Wärmearlagen Berlin GmbH – oder kurz WBB – und konnte Anfang 1992 die Deutsche Babcock AG für sich interessieren, ein Unternehmen aus dem Ruhrgebiet und tätig auf den Gebieten Energie- und Umwelttechnik, Maschinenbau, Industrie- und Systemtechnik und Antriebstechnik.

Für die Deutsche Babcock reiste deren Prokurist Michael Rottmann nach Berlin und nahm die WBB unter die Lupe. Sein Bericht war ernüchternd: Ein Einstieg in das DDR-Unternehmen lohne sich nicht, meldete er in die Zentrale nach Oberhausen. Sein Arbeitgeber verlor daraufhin das Interesse an einem Einstieg in die WBB.

Was die Deutsche Babcock nicht wusste: Rottmann schlug parallel dazu der Treuhand einen neuen Käufer vor: das Schweizer Unternehmen Chematec. Und tatsächlich – schon kurze Zeit später konnte Chematec die WBB für einen Kaufpreis von zwei Millionen Mark von der Treuhand erwerben. Das war kein schlechtes Geschäft, denn der Wert der WBB belief sich damals auf etwa 68 Millionen Mark, und das Unternehmen verfügte über liquide Mittel von rund 150 Millionen Mark. Dazu kamen eine Reihe wertvoller Grundstücke.

Chematec hingegen war damals schon hoch verschuldet. Hinter dem Kauf standen Rottmann selbst, die Geschäftsführer der WBB und zwei Schweizer Staatsbürger. Chematec fungierte nur als Strohhalm. Rottmann wechselte unmittelbar nach dem Kauf in die Geschäftsführung der WBB und baute zusammen mit seinen Mittätern ein Geflecht aus Beteiligungen und Tochtergesellschaften auf, so dass Vermögenstransfers nur noch schwer nachzuvollziehen waren. Die Täter zogen Geld aus dem Unter-

28. Oktober 2010

[www.kas.de/senegal](http://www.kas.de/senegal)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

nehmen ab, verkauften Grundstücke und nahmen Hypotheken auf.

Der Schaden kann nur geschätzt werden. Wahrscheinlich haben die Täter Vermögen im Umfang von 150 Millionen Mark aus dem Unternehmen abgezogen. Die WBB blieb auf einem Schuldenberg von 100 Millionen Mark sitzen.

Rottmann floh nach dem Bankrott der WBB 1995 in die USA. Es dauerte fünf Jahre, bis er gefunden wurde. Auch gegen seine Auslieferung nach Deutschland konnte er sich lange erfolgreich wehren. Schließlich wurde er aber nach Deutschland überstellt, wo er 2009 zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt wurde.

Meine Damen und Herren, der Täter wurde zwar verurteilt, aber das hilft dem insolventen Unternehmen nicht mehr. Es hilft auch den Arbeitnehmern nicht, die ihren Arbeitsplatz verloren haben. Sie waren in solchen Fällen oft die Haupt-Leidtragenden, da sie im damaligen wirtschaftlichen Umfeld kaum auf einen neuen Arbeitsplatz hoffen durften.

Doch auch wenn ein Unternehmen von ernsthaften Investoren gekauft wurde – und das war zum Glück die deutliche Mehrheit – auch dann hatten die Arbeitnehmer noch lange keinen gesicherten Arbeitsplatz.

Eine der ersten Maßnahmen in fast jedem privatisierten Unternehmen waren Entlassungen. Im April 1992 waren in den Unternehmen, welche die Treuhand hatte privatisieren können, noch 553.000 Menschen beschäftigt. Dieselben Unternehmen hatten aber unter der Verwaltung der Treuhand noch 773.000 Arbeitsplätze geboten. Bei der Privatisierung oder unmittelbar danach wurden also insgesamt 200.000 Arbeitsplätze abgebaut, das sind rund 28 Prozent.

Dafür gibt es viele Gründe. Die neuen Eigentümer haben zwar oft die Beschäftigung der Angestellten garantiert, aber meist nur für einen Teil der Belegschaft. Entlassungen waren also von Anfang an geplant. In vielen Fällen war ein Personalabbau sogar die Voraussetzung dafür, dass ein Investor sich überhaupt für ein DDR-Unternehmen inte-

ressierte. Und auch wenn ursprünglich keine Entlassungen geplant waren, sahen sich viele Unternehmer schon bald mit einer so desolaten Auftragslage konfrontiert, dass sie keine Wahl hatten. Ein Übriges tat schließlich der technische Fortschritt: Die neuen Produktionsanlagen ließen sich meist mit weniger Personaleinsatz nutzen als die alten.

Für mein Beispielunternehmen bedeutete das, dass von den im Jahre 1989 beschäftigten 1826 Mitarbeitern 1994 nur noch 190 Mitarbeiter übrig geblieben waren, also circa zehn Prozent! Diese 190 Mitarbeiter haben allerdings immer noch 50 Prozent des Umsatzes aus dem Jahr 1989 erwirtschaftet.

Eine anderes Beispiel: Ich war Insolvenzverwalter einer Großdruckerei in Leipzig, die zum Zeitpunkt der Wende noch 3.500 Mitarbeiter beschäftigt hatte. Sie hat in der DDR die Schulbücher für die gesamte DDR gedruckt und darüber hinaus große Mengen an Schulbücher für die Sowjetunion. 1990 waren diese beiden Märkte praktisch über Nacht weggebrochen und das Unternehmen musste sich völlig neu orientieren. Daher beschäftigte dieses Unternehmen 1995 nur noch 300 Mitarbeiter. Die Produktionsstätten waren aber unverändert. Eine effektive Produktion war, wie ich oben schon erwähnt hatte, damit praktisch ausgeschlossen.

Besonders im Osten des Landes entstand damit der Eindruck, dass der Westen die Wirtschaft der DDR „stillgelegt“ habe. Viele Menschen im Osten des Landes fühlen sich daher bis heute als „Bürger zweiter Klasse“.

Heute blicken wir auf 20 Jahre deutsche Einheit zurück. Wir haben vieles geschafft. Im Osten des Landes gibt es wirtschaftliche Zentren mit erfolgreichen Unternehmen und hervorragender Infrastruktur. Aber immer noch ist der durchschnittliche Lebensstandard niedriger als im Westen. Immer noch ist die Arbeitslosigkeit höher, und immer noch ziehen mehr Menschen aus dem Osten in den Westen als andersherum.

Dennoch besteht Einigkeit, dass der Umwandlungsprozess, der unter schwierigen Umständen in kürzester Zeit bewerkstelligt

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

SENEGAL

DETLEF SPECOVIUS

28. Oktober 2010

[www.kas.de/senegal](http://www.kas.de/senegal)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

werden musste, gut gelang. Stellvertretend für viele Einschätzungen möchte ich aus dem Jahresgutachten der „Fünf Wirtschaftsweisen“ 1994 zitieren.

Diese „Wirtschaftsweisen“ heißen offiziell „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ und befassen sich wissenschaftlich mit der deutschen Volkswirtschaft. In ihrem Gutachten 1994 kamen sie zu folgendem Schluss:

„Der Treuhandanstalt ist es in erster Linie zu verdanken, dass das Bild der Wirtschaft in den neuen Bundesländern heute nicht von notleidenden und nur durch ständige Finanzspritzen am Leben gehaltenen Staatsbetrieben geprägt wird, sondern von selbständigen Unternehmen, die beharrlich und zunehmend auch mit Erfolg auf die Festigung ihrer Marktposition hinarbeiten“

Warum gerade 1994? – Ganz einfach: Die Treuhandanstalt wurde am 31. Dezember 1994 aufgelöst. Nur vier Jahre nach der Wiedervereinigung hatte sie ihre Aufgabe erfüllt. Am Tag der Auflösung blickte auch die Chefin der Anstalt, Birgit Breuel, zurück. Auch sie zog eine positive Bilanz:

„Wenn man sich in Erinnerung ruft, dass hier in viereinhalb Jahren eine ganze Wirtschaft transformiert worden ist und sich heute in weiten Teilen im Wettbewerb behauptet, ist in einer unglaublich kurzen Zeit hier Marktwirtschaft eingeführt worden.“

Meine Damen und Herren, sicher hätte man im Rückblick, wie oft im Leben, vieles anders und manches besser machen können. Aber die Vergangenheit ist – eben das: Die Vergangenheit.

Lassen Sie uns in die Zukunft schauen. Ich hoffe, dass die Erfahrungen, die Deutschland mit der Treuhand und den Unternehmen der DDR gemacht hat, anderen Ländern in einer ähnlichen Situation helfen können, und ich freue mich sehr auf die gleich folgende Diskussion zu diesem Thema.

Lassen Sie mich nur dieses Eine schon hier festhalten: Eine funktionierende Marktwirtschaft setzt ein Gleichgewicht der Kräfte voraus. Wer Märkte zusammenlegt und nicht dafür sorgt, dass die Marktteilnehmer die Chance haben, einander auf Augenhöhe gegenüberstehen, dass sie im besten Sinne des Wortes in Wettbewerb treten können – der riskiert, dass viele Unternehmen diesen Schritt nicht schaffen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!